

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Frühjahr 1924 wurde in Magdeburg das Reichsbanner schwarz-rot-gold gegründet. Beteiligt waren vor allem Mitglieder der SPD. Hinzu kamen aber auch Vertreter des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Gewerkschaften. Viele der Namen der Reichsbannermitglieder sind auch heute noch bekannt. Hier sind etwa SPD-Politiker wie Kurt Schumacher, Julius Leber oder Otto Wels, Zentrums-Leute wie die ehemaligen Reichskanzler Constantin Fehrenbach und Josef Wirth oder der spätere Kanzler Wilhelm Marx und schließlich liberale Politiker wie Theodor Heuss oder Thomas Dehler zu nennen. Auch in Brilon gab es später mit Josef Rütter, Anton Schieferecke oder Alfred Hahn lokal prominente Reichsbanner-Mitglieder. Das originale regionale Banner, also die Fahne der Ortsgruppe Brilon ist im Übrigen heute auch in der Ausstellung zu sehen.

Die drei demokratischen Parteien der sog. Weimarer Koalition und der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung gaben damit ein klares Bekenntnis zur ersten Demokratie auf deutschem Boden ab. Diese war für sie die logische Vollendung jener demokratischen Ideen, die bereits in der Revolution von 1848/49 entwickelt worden waren.

Schwarz-Rot-Gold, das waren die Farben der Freiheit und der Demokratie, aber auch der Volkssouveränität, der Menschen- und der Grundrechte. Diese Farben standen im Kontrast zum Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreiches. Farben, die jetzt, nach dessen Untergang im Ersten Weltkrieg, von antidemokratischen, reaktionären und antisemitischen Kräften wie z.B. der NSDAP oder der DNVP symbolisch genutzt wurden.

Meine Damen und Herren,

wie sie schon an dieser Farbenlehre gemerkt haben werden, war die Weimarer Republik alles andere als ein Schmelztiegel demokratischer Ideen. Und es war auch kein Staat, der von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen worden wäre. Zudem zeichnete sich im Frühjahr 1924 ab, dass die republikfeindlichen Kräfte nicht schwächer werden würden.

Im Gegenteil, Antidemokraten aller Richtungen pflegten nach wie vor den Mythos von der Dauerkrise der Republik. All das, obwohl doch die Hyperinflation gerade gemeistert worden war und es den Menschen jetzt, am Beginn der sog. „Goldenen Zwanziger“ wieder deutlich besser ging.

Dennoch redeten reaktionäre Kräfte permanent von der Unfähigkeit der Demokratie Entscheidungen zu fällen, wurden demokratische Politiker nach wie vor als „Volksverräter“ verunglimpft (Sie sehen, das Wort gab es damals schon), bezeichnete man Realpolitiker als Erfüllungsgehilfen der alliierten Siegermächte.

Politischer Erfolg wurde fast allein darauf reduziert, den als „Schandfrieden“ deklarierten Vertrag von Versailles jetzt und sofort abzulösen. Die auf diplomatischem Wege von den demokratischen Politikern bereits erzielten außenpolitischen Errungenschaften wurden dabei ausgeblendet. Auch jeder andere wirtschaftliche oder soziale Erfolg – und war er auch noch so groß - wurde kleingeredet oder ignoriert. Reaktionäre Kräfte schufen sich auch damals schon ihre alternativen Fakten.

Das Reichsbanner, das zu Hochzeiten im Übrigen um die 3 Millionen Mitglieder verzeichnete, versuchte mit einer Reihe symbolischer politischer Aktionen ein Gegengewicht zur diesen antidemokratischen und antisemitischen Kräften zu setzen. So wurden vom Reichsbanner eine Reihe von Denkmälern errichtet, die an die Persönlichkeiten erinnern sollten, die sich besonders für die junge Republik eingesetzt hatten. Friedrich Ebert oder die dem rechten Terror zum Opfer gefallenen Mathias Erzberger oder Walter Rathenau zählten dazu. In Feierstunden wurde zudem an ihr Wirken und ihr politisches Erbe erinnert.

Ganz bewusst wurde auch der 11. August besonders zelebriert. Das war der Nationalfeiertag der Weimarer Republik. Der Tag, an dem die demokratische Verfassung unterzeichnet worden war. Wohlgermerkt: Gefeierte wurde der Verfassungstag und nicht der 9. November, der bekanntlich als Beginn der Revolution von 1918 und als Endpunkt des alten Kaiserreiches galt. Damit wäre nach Meinung des Reichsbanners lediglich etwas Altes, Schlechteres als die moderne demokratische Republik hervorgehoben worden. Außerdem verbanden sich mit diesem Datum auch die blutigen Monate des Bürgerkriegs, der Gewalt und des Chaos. Erlebnisse also, die als Symbole nicht am Beginn einer Demokratie stehen sollten.

Auch auf der Ebene politischer Wahlen war das Reichsbanner aktiv – immer dann, wenn es gemeinsame Ziele der demokratischen Parteien umzusetzen galt. Als Beispiel kann hier etwa der Versuch benannt werden, den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 gegenüber dem die Republik im Grunde verachtenden preußischen Generalfeldmarschall Hindenburg durchzusetzen. Die politische Linie, die der Sozialdemokrat Friedrich Ebert eingeschlagen hatte, sollte fortgesetzt werden. Allerdings blieb man hier ohne Erfolg.

In besonderer Weise widmete sich das Reichsbanner der Jugend. Den Verantwortlichen war klar, dass hier das überparteiliche demokratische Potential für die Zukunft lag. Das sogenannte Jungbanner organisierte Freizeiten, Zeltlager und Reisen. Ab 1932 wurde auch ein freiwilliger Arbeitsdienst eingerichtet. Er sollte den Jugendlichen, die sich zu diesem Zeitpunkt – in einer Phase hoher Arbeitslosigkeit - immer mehr von den demokratischen Parteien abwendeten, eine Perspektive vermitteln.

Die eben skizzierten politische Tätigkeiten des Reichsbanners – in der Ausstellung sind noch mehr genannt - waren allerdings nur eine Facette seiner Aktivitäten. Und hätte es damals eine friedliche politische Kultur gegeben, ähnlich der in der Bundesrepublik heute, hätte sich ein Bund von Demokraten sicher auch mit solchen Aktionen zufrieden gegeben. Aber, meine Damen und Herren, wie schon aus meinen Ausführungen zu Beginn deutlich geworden sein mag: Weimar war in dieser Hinsicht weder Bonn noch Berlin.

Sowohl die Anfangsjahre der Weimarer Republik, als auch ihre Endphase waren geprägt von erbitterten gewaltsamen Auseinandersetzungen der auf die Beseitigung der Republik zielenden radikalen politischen Flügel. Und selbst die Phase der relativen Konsolidierung 1924 bis 1928 blieb alles andere als gewaltfrei.

Um die Ruhe wiederherzustellen, handelte der Staat wie einst das Kaiserreich. Er ließ das Militär ausrücken, bisweilen aber auch sog. Freikorps-Einheiten, paramilitärische Gruppen also, in denen sich unter der Führung von besoldeten Heeresoffizieren ehemalige Soldaten gesammelt hatten. Allerdings funktionierte dieses Mittel nur gegen Bedrohungen von links wirklich gut, denn sowohl die reaktionäre Führung des Heeres als auch die im Kern antidemokratischen Freikorps-Einheiten hatten immer dann besondere Bedenken auszurücken, wenn die Bedrohung von rechts kam. So geschehen etwa während des rechtsradikalen Kapp-Putsches 1920 und der politischen Unruhen im Ruhrgebiet kurz danach. In solchen Situationen setzten die Regierungen deshalb anfangs auch schon einmal auf ultralinke paramilitärische Einheiten wie etwa die sog. Rote Ruhr-Armee, die aber ihrerseits genauso wie das Heer keinen Hehl daraus machte, dass man der Republik nur ungerne half.

Autorität gegenüber radikalen Bedrohungen konnte der Staat so natürlich nicht gewinnen. Die Tatsache, dass die Weimarer Justiz zudem auf dem rechten Auge blind war, trug ein Übriges zur allgemeinen Unsicherheit bei.

Auch im Kleinen war die politische Landschaft mit Gewalt aufgeladen. Kundgebungen demokratischer Parteien wurden immer wieder von zumeist rechten gewaltbereiten Gruppierungen gestört. Schlägereien standen in diesem Zusammenhang auf der Tagesordnung. Viele eigentlich Politikinteressierte blieben daher lieber politischen Veranstaltungen fern, weil man wusste, dass es Ärger geben würde. Politik wurde so zu etwas, das die anderen machten, weil es zu gefährlich für „normale“ Menschen war – fatal in einer Demokratie.

Diese Situation wollten vor allem die SPD und die Gewerkschaften nicht auf sich beruhen lassen. Sie gründeten deshalb seit etwa 1921 Kampfverbände, deren Hauptaufgabe im Schutz von demokratischen politischen Veranstaltungen lag. Ähnlich wie die antidemokratischen Parteien

versuchten sie dabei erfahrene ehemalige Soldaten zu gewinnen, deren Gesinnung im Gegensatz zu den rechten Kampfverbänden aber treu republikanisch sein musste.

Der große zusammenfassende Schritt unter Einbeziehung des Zentrums und der DDP wurde dann im Frühjahr 1924 mit der Gründung des Reichsbanners getan, unter dessen Namen die Kampfverbände nun reichsweit geschlossen auftraten. Mit dem zweiten Teil seines Namens „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ deutete das Reichsbanner mehr als nur an, dass man bereit war, Gegenwehr zu leisten. Die Republik sowie demokratische Werte sollten wenn nötig auch mit Gewalt gegen radikale Angriffe von links wie rechts verteidigt werden.

Im Gründungsaufwurf in der ersten Ausgabe der Bundeszeitung des Reichsbanners wurde dann auch betont, „Brandfackeln des Bürgerkrieges“ seien gegen die „Grundmauern“ des neuen Staatswesens geschleudert worden. Dagegen gelte es, die „staatlich geschlossene Nation“ in ihrer neuen Form als Republik zu verteidigen. Und zwar gegen jene wüsten Demagogen „die schamlos Mißbrauch mit dem Begriff Vaterland und Nation treiben.“ Otto Hörsing, der Bundesvorsitzende des Reichsbanners bezeichnete die Organisation dann später auch als „überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der Demokratie im Kampf gegen Hakenkreuz und Sowjetstern“.

Meine Damen und Herren,

natürlich mutet das aus unserer heutigen Perspektive schon fast merkwürdig an: Demokratische Parteien greifen selbst auf paramilitärische Verbände zurück, um republikfeindliche paramilitärische Verbände zurückzudrängen. Und vergleicht man die Bilder dieser demokratischen Kampfverbände mit denen der Nationalsozialisten oder der Kommunisten, so gleichen sie sich doch sehr. Das ungeübte Auge wird wohl kaum Unterschiede feststellen. Uniformen und martialisch wirkende Symbole und Grüße hier wie dort. Dies gilt, auch wenn die Einheiten des Reichsbanners bewusst auf einen allzu heftigen Kasernenhoftönen verzichteten und die Hierarchien bewusst flach gehalten wurden. Kam es zum Ernstfall, also zu Auseinandersetzung mit der Gegenseite, traf Gewalt auf Gewalt und potenzierte sich letztendlich.

Diese Tatsache wurde im Übrigen sowohl von zeitgenössischen Kritikern wie Karl von Ossietzky, aber auch von Historikern wie Hans Mommsen mit bisweilen beißendem Spott kommentiert. Und sie haben wohl auch nicht ganz Unrecht mit ihrer Meinung.

Auf der anderen Seite muss man sich allerdings auch fragen, welche Alternativen es in der konkreten Situation denn gegeben hätte. Die einzige Antwort wäre wohl nur der Aufbau loyaler staatlicher Polizeieinheiten in ausreichender Größe mit entsprechender Ausrüstung gewesen.

Doch dazu hätte es in diesem Punkt entschlossenerer Reichsregierungen, vor allem aber alliierter Siegermächte bedurft, die solche Einheiten auch zugelassen hätten.

Die ursprünglich einmal ins Leben gerufene Sicherheitspolizei auf Reichsebene etwa wurde bereits 1920 – noch ehe sie wirklich zum Tragen kommen konnte - aufgrund französischer Proteste wieder aufgelöst. Frankreich befürchtete eine verdeckte Aufrüstung und sah in der neuen Truppe eine Gefährdung seiner nationalen Sicherheit. Schwere Geräte wurden der Polizei ebenfalls untersagt. Auch der Reichsverband der Polizei selbst war gegen diese Einheiten. Es wurde zu starke Konkurrenz für die normale Schutzpolizei befürchtet, die allerdings überhaupt nicht für ein Vorgehen gegen paramilitärische Verbände gerüstet war. Weder materiell noch personell. Am Ende musste das Reichsbanner hohen Blutzoll dafür zahlen, dass es – am Ende im Zusammenschluss mit den Gewerkschaften in der Eisernen Front – gegen die immer wütender werdenden Angriffe der Nationalsozialisten die Republik verteidigte. Etliche Kämpfer des Reichsbanners überlebten diese Auseinandersetzungen nicht. Offiziell wurden für die Zeit zwischen Dezember 1924 und Februar 1933 insgesamt 64 Tote gezählt. Am 10. Mai 1933 wurde die Organisation schließlich vom NS-Regime aufgelöst und seine ehemaligen Mitglieder waren der Verfolgung ausgesetzt. Viele flohen, etliche gingen aber auch in den Widerstand. Eine Übersicht dazu finden Sie in der Ausstellung.

Zum Schluss kommt immer das Beste, heißt es. Und so soll es auch hier sein. Gönnen sie mir deshalb noch einige wenige Augenblicke der Aufmerksamkeit, um auf einen Sonderteil der Ausstellung hinzuweisen, der so im Übrigen nur hier in Brilon zu sehen sein wird.

Eine Zusatzausstellung, die auf ein Schülerprojekt des Gymnasiums Petrinum zurückgeht.

Ein besonderer Dank geht deshalb an dieser Stelle an die Schulleitung des Gymnasiums Petrinum, die nicht nur dieses, sondern auch andere historische Projekte in den letzten Jahren immer wieder tatkräftig und mit guten Ideen unterstützt hat.

Doch worum geht es in diesem Sonderteil der heutigen Ausstellung?

Nun - angeregt von interessierten Fragen aus den Jahrgangsstufen 9 und 10 des Gymnasiums Petrinum haben Herr Schlömer vom Haus Hövener - mit dem das Gymnasium gemeinsam mit dem Stadtarchiv seit zwei Jahren eine sehr ertragreiche Bildungspartnerschaft betreibt -, die Geschichtslehrerin Frau Burg, die heute leider nicht hier sein kann und ein weiterer Kollege ein Projekt durchgeführt, in dem die politische Kultur in Brilon zwischen 1918 und 1933 von Schülerinnen und Schülern aufgearbeitet wurde.

Ausgehend von der Tatsache, dass das Reichsbanner wie eingangs meiner Rede betont ja auch in Brilon aktiv war, ging es dabei darum, anhand von Zeitungsquellen nachzuvollziehen, welche

politische Parteien mit welchen Zielsetzungen es zu dieser Zeit gab, wie sich die politische Kräfteverhältnisse gestalteten und welche Einstellungen die Bürger Brilons gegenüber der Weimarer Republik an den Tag legten. Soviel sei verraten. Es sind ganz erstaunliche Ergebnisse dabei herausgekommen, die hier nun auf mehreren Ausstellungsplakaten vorliegen.

Inhaltlich zeigen die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler, dass Brilon während der Weimarer Republik keine Insel außerhalb von Zeit und Raum war. Die politische Kultur war hier nicht so grundsätzlich unterschiedlich von der, die auch andernorts in Deutschland vorzufinden war. Die Rätebewegung und die bürgerkriegsähnlichen Zustände am Beginn der Weimarer Republik hinterließen hier ebenso ihre Spuren wie die später scheinbar alles dominierende katholische Zentrumsparterie - die vielleicht größte Besonderheit in Brilon. Aber: Es gab durch alle Schichten auch schon vor 1933 antidemokratische und antisemitische Einstellungen innerhalb der Briloner Bevölkerung. Auch im Hochsauerland gab es also jede Menge Krisen und Konflikte statt heimatümlicher Harmonie.

Die Plakate zeigen aber noch mehr: nämlich, dass junge Menschen entgegen dem, was man sonst schon einmal den Medien entnehmen kann, sehr wohl an Geschichte interessiert sind. Es ist ihnen eben nicht egal, wie mit dem kostbaren Gut der Demokratie einschließlich der unteilbar damit verbundenen Menschen- und Grundrechte umgegangen wird – weder in historischer Perspektive noch heute.

Meine Damen und Herren: Genau das ist wichtiger denn je.

Und deshalb möchte ich mich auch besonders bei den Schülern der Projektgruppe des Gymnasiums Petrinum bedanken. Ihr macht Mut für die Zukunft!

Sollten sie meine Damen und Herren also bisher noch nicht so recht gewusst haben, wie sie denn eine deutschlandweit angelegte Ausstellung über das Reichsbanner hier in Brilon verorten sollen – nun, hier ist die Antwort. Man muss nur die jungen Leute fragen.

Vielen Dank